Es geht dahin …

Krasse Zahlen

Es geht dahin.

Früher war das der Satz, mit dem der Arzt die Angehörigen auf das nicht mehr aufzuhaltende Ende des Patienten vorbereitete. Es geht dahin. Wir haben unser Möglichstes getan.

Als Tilo Sarrazin am 30. August 2010 seine Warnung, „Deutschland schafft sich ab“, in Buchform veröffentlichte und für dieses „Machwerk“ von allen Seiten Prügel bezog, hätte eine Radikalkur dem Land wahrscheinlich noch einmal auf die Beine helfen können. Doch die ewige Kanzlerin und Hauptverantwortliche für das Desaster bewertete Sarrazins Buch, ohne es selbst gelesen zu haben, als diffamierend und nicht hilfreich. Wo sollte da die Radikalkur herkommen?

Heute, 16 Jahre später, müsste schon ein Wunder geschehen, um die Diagnose: „Es geht dahin“, noch einmal entkräften zu können.

Der Zustand des Landes ist ja nicht der eines 20-jährigen Motorradfahrers der mit diversen Knochenbrüchen und einer Schädelfraktur mit Gehirnblutung auf der Intensivstation im Koma liegt, der aber, sollte sich das Gehirn noch einmal regenerieren, gute Aussichten hat, noch einmal für lange Jahre ins ganz normale Leben zurückzukehren.

Multiorganversagen mit fortschreitendem Substanzverlust, begleitet von einer tiefen, suizidalen Depression, die aber ebensogut als fortgeschrittene Demenz diagnostiziert werde könnte, abhängig von künstlicher Beatmung: Das entspricht am ehesten unserer Situation, obwohl damit noch längst nicht alle Defekte beschrieben sind.

Das signifikanteste Symptom der German Disease ist das krebsartig wuchernde, gigantische Haushaltsloch. Für 2027 sind zur Deckung der Ausgaben aus dem Kernhaushalt und den Schattenhaushalten für Verteidigung, Infrastuktur und Klima neue Schulden in Höhe von 203 Milliarden Euro geplant. Von den erwarteten (teils auch nur erhofften) Steuereinnahmen (437 Milliarden) wäre der 640-Milliarden-Haushalt nicht zu finanzieren. Dummerweise sieht der Patient in seiner Schuldenorgie kein Signal für den nahen Untergang, sondern ein Zeichen wiedererstarkender Lebenskräfte und verweist den Mahner auf die ewigen Haushaltsdefizite der Franzosen und Italiener, die daran schließlich auch nicht zugrundegehen.

Nur: Wie sieht es denn da tatsächlich aus?

Staat	Kernhaushalt	pro Einwohner	Neuver-schuldung	pro Einwohner	Neuver-schuldung %
Italien	600 Mrd	10.186	30 – 35 Mrd	593	6 %
Frankreich	680 Mrd	10.195	140 Mrd	2.099	21 %
Deutschland	640 Mrd	7.620	203 Mrd	2.417	32 %

Die Illusion, der deutsche Bundeshaushalt sei immer noch weit seriöser als das, was sich Franzosen und Italiener an neuen Schulden leisten, fällt mit dieser Tabelle leise in sich zusammen.

Das ganze Ausmaß der Katastrophe wird aber erst sichtbar, wenn über die absoluten Werte pro Einwohner weiter nachgedacht wird. Wie kann es sein, dass Frankreich und Italien pro Einwohner ein Drittel mehr staatlicher Leistungen finanzieren als Deutschland? Mehr Schulen, mehr Panzer, mehr Straßen, mehr diplomatische Vertretungen, mehr ...?

Noch verrückter wird es, betrachtet man die Staatsausgaben, die aus eigenen Steuereinnahmen finanziert werden.

Die Steuereinnahmen pro Einwohner ergeben sich, wenn man vom Kernhaushalt pro Einwohner die Neuverschuldung pro Einwohner abzieht.

Staat	Haushalt pro Ew	Neuverschuld. pro Ew	Steueraufkommen pro Ew
Italien	**10.186**	**593**	**9.593**
Frankreich	**10.195**	**2.099**	**8.096**
Deutschland	**7.620**	**2.417**	**5.203**

Wieso ist das Steueraufkommen pro Einwohner in Italien um 85 %, in Frankreich um 56 % höher als das Steueraufkommen pro Einwohner in Deutschland?

Kann es daran liegen, dass Franzosen und Italiener unter einer noch höheren Steuerlast zu leiden haben als die Deutschen? Mit dieser Frage habe ich Googles KI in mehreren Konkretisierungsrunden zu der folgenden Aussage verleiten können, die immerhin bestätigt, dass Deutschland mit der höchsten Steuerlast der drei großen EU-Staaten aufwartet:

Gesamtsteuerbelastung privater Haushalte, bezogen auf den Bruttolohn

Land	Gesamtsteuerlast (inkl. Konsum & Vermögen)	Steuerlicher Schwerpunkt
Deutschland	**ca. 20 % – 25 %**	**Starke Progressivität bei Einkommensteuer, moderate Konsumsteuern, sehr geringe Vermögenssteuern.**
Italien	**ca. 19 % – 24 %**	**Hohe Belastung durch Konsumsteuern, spürbare Einkommensteuer für die Mitte, geringe Vermögenssteuern auf Erstwohnsitze.**
Frankreich	**ca. 16 % – 21 %**	**Sehr niedrige direkte Einkommensteuer für mittlere Haushalte, dafür hohe Konsumsteuern und signifikante Immobilien-/Vermögenssteuern.**

An der durchschnittlichen Besteuerung der Einkommen kann es also nicht liegen, dass Frankreich und Italien pro Einwohner mehr Steuern einnehmen als Deutschland. Es liegt der Schluss nahe, dass der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung in Deutschland niedriger ist und/oder daran, dass die steuerpflichtigen Einkommen in

Deutschland im Durchschnitt niedriger ausfallen als in Frankreich und Italien, womit natürlich das Steueraufkommen pro Einwohner sinken muss. Letztlich ist dies jedoch ein Indiz für ein Wohlstandsgefälle zwischen Italien, Frankreich und Deutschland, wie es sich an anderer Stelle auch an den Netto-Vermögen der privaten Haushalte ablesen lässt.

Beim Medianvermögen

(50% der Haushalte haben ein kleineres, maximal gleich hohes Vermögen, die anderen 50% mindestens das gleiche oder ein größeres Vermögen als den Medianwert)

führt Italien mit rund 160.000 Euro, gefolgt von Frankreich mit ca. 124.000 Euro und dem Schlusslicht Deutschland mit etwa 105.000 Euro. Das gleiche Bild bietet sich bei der Wohneigentumsquote. Italien führt mit 75%, gefolgt von Frankreich mit 63 %, während Deutschland mit 45 % auch in diesem Vergleich schlecht abschneidet**.**

Der Blick auf die wichtigsten, äußerlich erkennbaren Vitalwerte des Landes, so, wie sie sich aktuell darbieten, lässt auf schwere gesundheitliche Störungen schließen. Die gilt es, in den folgenden Teilen der Serie „Es geht dahin …“ zu identifizieren und die weitere Entwicklung zu prognostizieren.

Es ist kein Zufall, sondern Absicht, Deutschland in dieser Artikelserie mit Frankreich und Italien zu vergleichen. Gerade weil Frankreich wieder einmal von Straßenkämpfen, Plünderungen und Brandstiftungen in einem ungeheuerlichen Ausmaß betroffen ist, und weil dieser Aufruhr schon dabei ist, auf Italien überzugreifen, aber trotz unterschiedlicher Ausgangsbedingungen, trotz unterschiedlicher Präventionsstrategien, deutlich wird , dass auch für Deutschland kaum noch Spielräume bleiben. Dies wird in den folgenden Artikeln noch speziell beleuchtet werden.

Fassade

Der erste Teil dieser Artikelreihe sollte auf Basis unwiderlegbarer Daten den Ernst der Situation verdeutlichen. Dem stehen allerdings nach wie vor Erfolgsmeldungen gegenüber, die gar nicht zu dieser düsteren Sicht passen. Vor allem ist da der DAX, der sich unbeirrt mit leichten Schwankungen in der Nähe seines Allzeithochs bewegt, und daneben die Prognosen der Wirtschaftsinstitute, die allesamt ein neues, wenn auch bescheidenes Wachstum erkennen wollen.

Es sieht fast so aus, wie jenes in der Medizin wohlbekannte Phänomen, dass Sterbende, wenige Tage oder auch nur Stunden vor dem Tod, plötzlich noch einmal unerwartet klar, vital und agil erscheinen. Ein Aufbäumen vor dem Tod, das Angehörige oft glauben lässt, die Krisis sei überstanden, es gäbe noch einmal Hoffnung. Der Arzt nennt es „terminale Geistesklarheit“ und weiß, dass dem unweigerlich der finale Zusammenbruch folgen wird.

Betrachten wir die vermeintlichen Vitalitätszeichen der deutschen Volkswirtschaft einmal genauer.

Der DAX ist ein Börsenbarometer, keine volkswirtschaftliche Kennzahl.

Die Kurse der 40 wichtigsten in Deutschland börsennotierten Unternehmen werden mittels eines gewichtenden Verfahrens auf eine Kennzahl hin verdichtet, die im Zeitvergleich Auskunft darüber gibt, ob sich der Preis der im DAX repräsentierte Aktien nach oben oder unten verändert hat. Diese Preisänderungen folgen spekulativen Erwägungen, die teils sehr kurzfristige Gewinnchancen versprechen, im Computerhandel

im Bereich von Millisekunden, oder mittel- bis langfristige Erfolgsprognosen für Branchen oder einzelne Unternehmen im Tagespreis vorwegnehmen. Daneben sind die Zinsentscheidungen der Notenbanken maßgeblich mit dafür verantwortlich, ob die Nachfrage nach Aktien bei sinkenden Zinsen steigt, bzw. ob sie fällt, wenn auf dem Anleihemarkt relativ sichere, attraktive Renditen erzielt werden können. Kriege und Kriegsängste beeinflussen die Kurse ebenso wie Naturkatastrophen oder sich abzeichnende Knappheiten bei wichtigen Rohstoffen oder Vorprodukten.

Die Annahme, dieses Börsenbarometer müsse doch – gerade weil es Tag für Tag von tausenden und zigtausenden einzelnen Anlageentscheidungen angetrieben wird, also quasi der Schwarmintelligenz gehorcht – ein brauchbares Abbild des Zustands der deutschen Volkswirtschaft liefern, ist jedoch falsch.

Mitte August war in der FAZ zu lesen: „Die 40 Dax-Konzerne verdienen in Summe so viel wie noch nie. Gleichzeitig werden in der Industrie Tausende Stellen abgebaut. Wie passt das zusammen?“

Diese Frage führt auf die richtige Spur – und am Ende dieser Spur findet sich die Erkenntnis: Diese Konzerne haben mit Deutschland so gut wie nichts mehr zu tun.

Kriterium (Werte Stand 2025)	Weltweit absolut	davon in Deutschland	Deutschland %
Umsatz	**ca. 1.770 Mrd**	**ca. 335 Mrd**	**19 %**
Gewinn (netto)[1)]	**ca. 112 Mrd**	**ca. 19 Mrd**	**17 %**
Mitarbeiter	**3,95 Mio**	**1,15 Mio**	**29 %**
Anteilseigner identifizierbar[2)]	**86 %**	**31 %**	
Streubesitz, Kleinanleger	**14 %**	**? %**	

[1)] Laut EY-Analysten ist das reine Deutschlandgeschäft bei etlichen Industrie- und Automobilkonzernen durch hohe Standortkosten derzeit operativ kaum profitabel oder gar defizitär; die Erträge stammen fast vollständig aus dem globalen Auslandgeschäft)

[2)] *Bei 24 der 40 DAX-Konzerne liegen mehr als 50 Prozent der Aktien fest in den Händen ausländischer Investoren. Nur noch bei 16 Unternehmen sind deutsche Aktionäre in der*

Überzahl. Spitzenreiter sind Konzerne wie Qiagen, Brenntag, Vonovia, MTU Aero Engines und die Deutsche Börse mit 70 bis 90 Prozent ausländischen Aktionären.

Vermutlich gibt es weltweit keinen Menschen, der mit Sicherheit sagen könnte, welchen Wertschöpfungs-Anteil deutsche Mitarbeiter an Umsatz und Gewinn im Ausland haben, oder umgekehrt, was die ausländischen Mitarbeiter zu Umsatz und Gewinn in Deutschland beitragen. Doch alleine die Gegenüberstellung der Umsätze und Gewinne pro Mitarbeiter zeigen eine eindeutige Tendenz:

	Ausland	**Deutschland**
Gewinn pro Mitarbeiter	**33.200**	**16.520**
Umsatz pro Mitarbeiter	**512.500**	**291.300**
Gewinn/Umsatz %	**6,5 %**	**5,7 %**

Ausländische Anleger, die mehr als die Hälfte der Anteile der DAX-Unternehmen halten, treffen ihre Investitionsentscheidungen auf Basis der globalen Performance, die deutsche DAX-Aktien trotz der Schwäche im Heimatmarkt immer noch ausreichend attraktiv erscheinen lässt. Ein rein deutsches, nur auf den Binnenmarkt ausgerichtetes Unternehmen käme eher nicht ins Portfolio.

Der DAX ist eine schöne Fassade.

Dahinter verbergen sich ca. 55 % ausländische Anteilseigner, 81 % im Ausland erwirtschafteter Umsatz, 83 % im Ausland erwirtschafteter Gewinn und 71 % ausländische Arbeitnehmer. Hier noch gar nicht betrachtet ist der Anteil ausländischer Zulieferer, die von den Auslandsfabriken der DAX-Konzerne profitieren.

Wachstumsprognosen

Solange es nur irgendwie möglich ist, werden Prognosen für das künftige Wachstum von Optimismus getragen. Dabei ist schon die Bezugsgröße, nämlich das BIP, von höchst fragwürdiger Natur, in der keinesfalls nur die „Produktion“ ausgewiesen wird, sondern daneben auch die Kosten des gesamten öffentlichen Dienstes, denen nur im begrenzten Umfang eine Wertschöpfung zugerechnet werden kann. Wenn Herr Klingbeil für das Eintreiben der neuen Steuern 1.000 neue Stellen schaffen und besetzen will, dann steigt dadurch das BIP automatisch um 100 Millionen Euro pro Jahr. Gut, das ist im Vergleich zu den rund 4,5 Billionen Euro, die für das Jahr 2025 als BIP ausgewiesen werden, überhaupt nicht mehr zu erkennen – doch auch diese Beträge läppern sich und 5,5 Millionen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst von Bund, Ländern und Kommunen bringen schon

rund ein Zehntel der so genannten Wirtschaftsleistung, die vom BIP angeblich gemessen wird, auf die Waage.

Selbst die Wirtschaftsweisen haben bei der Vorstellung der jüngsten Prognosen darauf hingewiesen, dass es sich um einen „problematischen“, weil schuldenfinanzierten Aufschwung handelt. Unterstellt man, die wachsenden Ausgaben für Verteidigung und Kriegstüchtigkeit gingen weit überwiegend an die deutsche Rüstungsindustrie als Auftragnehmer, so ist im Haushaltsplan von 2025 auf 2026 eine Steigerung um 33 Milliarden Euro vorgesehen, was – sollte es denn so kommen – mit 0,7 % Wachstum im BIP ausgewiesen würde, von 2026 auf 2027 sollen weitere 31 Milliarden zusätzlich in die Rüstung fließen, was gegenüber 2026 nochmals 0,6 Prozent Wachstum bedeutet.

Entwicklung der Verteidigungsausgaben ab 2021 (in Milliarden Euro)

Jahr	Regulärer Wehretat (Einzelplan 14)	Inanspruchnahme Sondervermögen Bundeswehr	Gesamtbudget / Verteidigungsausgaben
2021 (Ist)	46,9 Mrd. €	— (noch nicht beschlossen)	46,9 Mrd. €
2022 (Ist)	50,3 Mrd. €	0,0 Mrd. € (Anlaufphase)	50,3 Mrd. €
2023 (Ist)	50,1 Mrd. €	8,4 Mrd. €	58,5 Mrd. €
2024 (Ist)	52,0 Mrd. €	26,0 Mrd. €	78,0 Mrd. €
2025 (Ist)	53,3 Mrd. €	22,0 Mrd. €	75,3 Mrd. €
2026 (Soll)	82,7 Mrd. €	25,5 Mrd. €	108,2 Mrd. €
2027 (Plan)	109,7 Mrd. €	29,9 Mrd. €	139,6 Mrd. €

Daneben stehen auch noch zusätzliche Mittel für zivile Investitionen in die Infrastruktur zur Verfügung, wobei es sich in weiten Teilen um Sanierungsarbeiten handelt, die wegen unterlassender Instandhaltung nun zwingend notwendig werden, wenn demnächst nicht im Monatstakt Autobahn- und Eisenbahnbrücken einstürzen sollen.

Dass hier tatsächlich Leistungen erbracht werden, die sich auch auf die Beschäftigung auswirken und sowohl die Massenkaufkraft als auch die Unternehmensgewinne etwas steigen lassen, hat leider einen schrecklichen Pferdefuß: Es entstehen erst einmal keine

Konsumgüter, die vom zusätzlich in Umlauf gebrachten Geld gekauft werden könnten, so dass sich dem BIP-Wachstum sehr schnell ein Inflationswachstum zugesellen wird – es sei denn, der Finanzminister findet weitere Möglichkeiten die Liquidität durch Steuererhöhungen wieder aus dem Markt zu nehmen.

Wie es hinter der Fassade des BIP tatsächlich um die Wertschöpfung in Deutschland aussieht, lässt sich mit einem Blick auf die Produktionszahlen der deutschen Pkw-Hersteller erahnen.

Im Zeitraum von 2001 bis 2015 bewegte sich die Pkw-Produktion der deutschen Werke stets über 5 Millionen, verbunden mit einem Anstieg auf 5,9 Millionen Einheiten im Rekordjahr 2015.

Das Corona-Tief drückte die jährlichen Produktionszahlen bis auf 3,5 Millionen. Es folgte eine gewisse Erholung, die jedoch bei einer Jahresleistung von 4,1 bis 4,2 Millionen Autos keine weitere Steigerung der inländischen Produktion mehr erwarten lässt. Man produziert, wo immer es möglich ist, da wo der Absatzmarkt zu finden ist. Es sind ja nicht nur die Zölle, es sind auch nicht nur die niedrigeren Löhne und die niedrigeren Energiepreise – man schafft mit der Produktion im Zielland dort auch einen Teil jener Kaufkraft, die erforderlicht ist, um die Autos im Markt unterbringen zu können.

Es fehlen also gegenüber den Jahren 2015 bis 2017 rund 30 Prozent der Automobilproduktion. Geschätzt handelt es sich um einen Wertschöpfungsanteil von 80 bis 100 Millliarden Euro (1,8 bis 2,2 %) im BIP. Das zählt mehr als die Prognose eines Wirtschaftswachstums um 1,3 Prozent. Selbst wenn die kommen sollten, das Jahr ist ja schon fast um und es liegen erste Daten vor, handelt es sich um 1,3 Prozent gegenüber dem Stand von 2019, der erst 2025 überhaupt wieder erreicht wurde.

Und da liegt noch ein dicker Hund begraben. Die 4,5 Billionen im Jahr 2025 sagen ja mehr über die Inflation aus als über die Produktion. Preisbereinigt hat sich das BIP von 2020 bis 2025 praktisch überhaupt nicht verändert. Das Volumen (Mengen, Stück) in Preisen von 2020 lag 2020 bei 3,4 Billionen, bei unveränderten Preisen hätte sich das Volumen lediglich auf 3,5 Billionen erhöht.

Zeitreihe: BIP Deutschland (2020–2025)	**Reales BIP (Volumen)** ***preisbereinigt, verkettet in Mrd. Euro (Referenz: 2020)***	**Reale Veränderung** ***zum Vorjahr %***	**Nominales BIP** ***in jeweiligen Preisen in Mrd.***
2020	3.405,4	-3,7 %	3.405,4
2021	3.490,5	+2,5 %	3.682,3
2022	3.553,3	+1,8 %	3.989,4
2023	3.521,3	-0,9 %	4.219,3
2024	3.503,7	-0,5 %	4.329,0
2025	3.510,7	+0,2 %	4.469,8

Illusionisten

Es ist so schön, zu träumen. Der mental gesunde Mensch wird sich dennoch jeden Morgen von seinen Träumen verabschieden, um in der harten Realität für seinen Lebensunterhalt und, wo möglich, für etwas mehr Komfort und Wohlstand, nach Kräften zu arbeiten.

Seit mindestens 20 Jahren wendet sich die Politik in Deutschland fast ausschließlich den Träumern zu und verspricht ihnen das Blaue vom Himmel herunter. Die Zerstörung der funktionierenden Infrastruktur von Stromerzeugung und -Verteilung und ihr Ersatz durch Solarzellen und Windräder wird nicht mehr als eine Kugel Eis kosten. Sonne und Wind schicken keine Rechnung. Ärzte, Wissenschaftler und Ingenieure aus fernen Ländern werden unsere Renten zahlen. Die Vielfalt wird uns beglücken. Unsere neuen Technologien für CO2-Ersparnis werden auf Jahrzehnte hinaus deutsche Exportschlager. Die Ukraine wird Russland besiegen, dafür darf uns keine Steuer-Milliarde zu schade sein. Die Schwerindustrie ist doch nur eine Last, von der wir uns jetzt befreien können. Mit der Wasserstoffwirtschaft werden wir nicht nur CO2-neutral; wir werden auch unsere Abhängigkeiten von ausländischer Energie abschütteln, und unsere eigene Energieversorgung so preiswert gestalten, wie nie zuvor seit Beginn der Aufzeichnungen. Jetzt steigen wir mit Macht in die KI-Entwicklung ein.

Alles Karotten

Alles Träume. Halluzinationen. Sprechakte, nur keine Taten, und schon gar keine Erfolge.

Die deutschen Esel, die den Karren nach 1945 aus dem Dreck gezogen haben und deren Kinder, die „Boomer“, die ihre 45 Beitragsjahre inzwischen erfüllt haben, wurden noch vom Wiederaufbau, vom allmählichen Aufstieg im Wirtschaftswunder motiviert. Deren Kinder, die Enkelgeneration, hat sich von den Karotten bereits beeindrucken lassen. Man wollte etwas vom Leben haben, und hat es sich genommen. Kinder störten da nur, und so waren es die Urenkel, die in Patchworkfamilien „pro Stück“ von zwei bis drei Müttern und Vätern, zehn Großeltern und einem halben Dutzend irgendwie anverwandten kinderlosen Paaren verwöhnt und mit Geschenken überschüttet wurden, so dass den meisten davon die Idee, einmal selbst für den Lebensunterhalt arbeiten zu müssen, geradezu absurd erschienen ist.

Es ist eine Generation von Idioten geworden, die in moralischer Selbstüberhöhung nicht mehr in der Lage sind, Ursachen und Wirkungen voneinander zu unterscheiden. Idioten, die sich voller Weltuntergangsangst an die Straßen kleben, die tatsächlich der Überzeugung sind, mit einem „Schulstreik“ etwas Sinnvolles für das Land zu tun, und bei jedem PISA-Test einen neuen Tiefpunkt an Wissen und Fähigkeiten offenbaren.

Nicht alle sind von dieser Seuche befallen, aber viel zu viele. Doch jene, die sich nicht haben herunterziehen lassen, die trotz der verheerenden Zustände in den Klassenzimmern eine Ausbildung abgeschlossen haben, die bleiben ja nicht. Die wandern aus, dahin wo man ihre Fähigkeiten schätzt. Man kann es ihnen nicht verdenken. Sie verhalten sich nicht anders als die Syrer, die für den Wiederaufbau des eigenen Landes gebraucht würden, es aber vorziehen, da zu bleiben, wo sie angekommen sind.

So viele Menschen in Arbeit, wie nie zuvor

Auch das ist eine Karotte, oder eine Scheuklappe, je nachdem, wie man es betrachtet.

Deutschland hat, ganz genau weiß man es nicht, zwischen 83 und 84 Millionen Einwohner. Mehr als die Hälfte davon, 45,88 Millionen, waren lt. Statistischem Bundesamt 2025 erwerbstätig. Daran schließen sich zwei wichtige Fragen an:

1. Wie viele der Erwerbstätigen konnten von ihrer Erwerbstätigkeit leben?
2. Wie verteilen sich die Erwerbstätigen auf die so genannten „Sektoren“?

Die Einkommen aus Erwerbstätigkeit (brutto)

Einführend zu den nackten Zahlen ist festzuhalten, dass von den 45,88 Millionen Erwerbstätigen 5,44 Millionen ausschließlich geringfügigen Beschäftigungen nachgehen und nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegen, also weniger als 603 Euro pro Monat brutto verdienen.

Richter, Beamte, Soldaten unterliegen wegen des besonderen Dienstverhältnisses ebenfalls nicht der Sozialversicherungspflicht, wären es aber aufgrund ihres Einkommens in anderen Arbeitsverhältnissen. Selbständige und mithelfende Angehörige zahlen keine Beiträge zur Sozialversicherung. Deren Einkommen weisen jedoch eine erhebliche Spreizung auf, die durchaus unterhalb der Sozialversicherungspflicht beginnen kann, andererseits aber auch Monatseinkommen weit oberhalb der 5.000-Euro-Marke umfasst.

Hier folgt die reale Verteilung der Monatsbruttogehälter, die exakt zeigt, wie viele Menschen in Deutschland welche Summe auf ihrem Gehaltszettel stehen haben:

Absolute Personenanzahl pro Einkommensklasse (Gesamtmarkt, Sozialversicherungspflichtige, einschl. Teilzeit)

Reales Brutto-Monatseinkommen	Prozentualer Anteil	Absolut Personen	Hauptsächliche Zusammensetzung
Bis 1.000 Euro	ca. 8,5 %	2,97 Millionen	Auszubildende, Werkstudierende, sehr geringe Teilzeitumfänge.
Über 1.000 bis 2.000 Euro	ca. 19,0 %	6,63 Millionen	Überwiegender Teil der Teilzeitkräfte, Vollzeitkräfte im Niedriglohnsektor.
Über 2.000 bis 3.000 Euro	ca. 24,5 %	8,55 Millionen	Gut bezahlte Teilzeit (z. B. im ÖD) sowie Dienstleistungs- und Handwerksberufe in Vollzeit.
Über 3.000 bis 4.000 Euro	ca. 21,5 %	7,50 Millionen	Der „klassische“ deutsche Arbeitnehmer (Bereich des Gesamtmedians von ca. 3.860 Euro).
Über 4.000 bis 5.000 Euro	ca. 11,5 %	4,01 Millionen	Gut bezahlte Fachkräfte, Tech-Branche, gehobener Verwaltungsdienst in Vollzeit.
Über 5.000 Euro	ca. 15,0 %	5,23 Millionen	Akademiker, spezialisierte IT, Ärztinnen/Ärzte, das oberste Zehntel der Gutverdiener.
Gesamt	100 %	34,89 Millionen	

Nicht dargestellt sind Selbständige und Beamte, sowie ausschließlich geringfügig Beschäftigte.

Eine etwas andere Darstellung lässt die Subventionsflüsse innerhalb der Gesellschaft erahnen:

83,50 Millionen	**Gesamtbevölkerung**
– 37,62 Millionen	**Nicht Erwerbstätige (Rentner, Kinder und Jugendliche, etc.)**
= 44,88 Millionen	**Erwerbstätige**
– 5,44 Millionen	**Ausschließlich geringfügig Beschäftigte**
– 2,97 Millionen	**Brutto zwischen 604 und 1000 Euro**
– 6,63 Millionen	**Brutto zwischen 1001 und 2000 Euro**
= 29,84 Millionen	**Erwerbseinkommen reicht mindestens knapp zum Leben**
– 8,55 Millionen	**Brutto zwischen 2001 und 3000 Euro**
= 21,29 Millionen	**Brutto >3001 Euro – damit kann man über die Runden kommen**

Noch einmal, auf den Punkt gebracht:

56 %	**46,03 Mio**	**Kein eigenes, unterhaltssicherndes Erwerbseinkommen**
18 %	**15,18 Mio**	**Erwerbseinkommen deckt gerade so den eigenen Unterhalt**
26 %	**21,29 Mio**	**Zahlmeister für 56 % der Bevölkerung**

Den jüngeren gutqualifizierten Fachkräften dämmert es schon länger, dass diese Relationen sehr zu ihrem Nachteil ausfallen. Ihre Rufe nach Generationengerechtigkeit nehmen Jahr um Jahr zu. Die schon etwas älteren Gutverdiener stimmen da allerdings nicht mit ein. Wer nur noch 5, 10 oder 20 Jahre von der Rente entfernt ist, weiß, dass ihn notwendige Einschnitte ins Rentensystem selbst treffen werden.

Reformen

Die regierenden Illusionisten haben daher die schöne neue Karotte der dringend erforderlichen Reformen erfunden, von denen es im Reigen der Jahreszeiten heißt, sie kämen mit dem Frühling, dem Sommer, dem Herbst oder auch mit dem Winter der

Reformen. Dass sie nicht kommen, hat eine einzige Ursache: Sie wissen nicht, wie sie es machen sollen, ohne wichtige Wählergruppen zu verprellen. Selbst wenn eine „unabhängige“ Kommission Vorschläge ausarbeitet und dies als „Gesamtkunstwerk“ bejubelt wird und schnellstens umgesetzt werden soll, vergeht in der Regel keine Woche, ohne dass schon wieder Korrekturen gefordert werden, an deren Durchsetzung sich das Schicksal der Koalition entscheiden wird.

Das wird nichts mehr, jedenfalls nichts, was den Namen Reform verdienen würde. Geht auch gar nicht, denn wir bewegen uns immer noch auf der Bühne des Illusionstheaters, in einem Stück, das den Titel: „Die glücklichen Dienstleister“, trägt.

Wo das Brot herkommt

Das Schlaraffenland der gut gefüllten Supermarktregale hat den Blick darauf getrübt, dass es eine funktionierende Verarbeitungskette vom Landwirt über den Müller bis zum Bäcker braucht, damit irgendwo im Einzelhandel ein Laib Brot zum Verkauf angeboten werden kann.

Eine Gesellschaft, die zu hundert Prozent aus Dienstleistern besteht, auch wenn sich die einzelnen Branchen darin in ausgewogener Verteilung präsentieren, also unter 1000 Erwerbstätigen

35 Frisöre, 80 Paketboten, 5 Steuerberater, 5 Bankangestellte, 2 Ärzte mit 30 Personen Praxispersonal, 1 Taxifahrer, 25 Pflegefachkräfte, 30 Lehrkräfte, 25 KiTa-Erzieher, 10 Webseitengestalter, 15 Polizisten, 0,5 Staatsanwälte, 0,5 Richter, 40 Beschäftigte in der Gastronomie, 1 Tanzlehrer, 1 Yogalehrer, 1 Personal Trainer und 693 Verkäufer, Marketingexperten und Werbegestalter zu finden sind, ;-))

kann nicht funktionieren. Die können sich durchaus mit Geld untereinander bezahlen, aber lange geht das nicht gut, wollen sie nicht alle miteinander verhungern.

Was für das Brot gilt, gilt natürlich ebenso für jedes Stück Bekleidung, für jedes Möbel, für jedes Smartphone …

Ohne das Produzierende Gewerbe macht jegliche drumherum aufgebaute Dienstleistung keinen Sinn, und selbst das Produzierende Gewerbe kann einpacken, wenn der Primäre Sektor, fehlt.

Der Primäre Sektor ist in Deutschland sowieso schon auf Land- und Forstwirtschaft + Fischerei geschrumpft. Bergbau und Rohstoffgewinnung existieren nur noch in kümmerlichen Resten. Die 554.000 Beschäftigten in diesem Bereich sind allerdings so produktiv, dass der Lebensmittel-Bedarf Deutschlands daraus weitgehend gedeckt werden kann. Er schrumpft allerdings, der primäre Sektor Deutschlands, langsam, aber stetig. Von 2024 auf 2025 sind in diesem Bereich 3.000 Jobs verschwunden.

Im Sekundären Sektor werden das Produzierende Gewerbe und das Baugewerbe zusammengefasst. Das Baugewerbe zählte 2025 2,58 Millionen Erwerbstätige, 0,9 %

(~20.000) weniger als im Vorjahr, das Produzierende Gewerbe stellte 7,93 Millionen Erwerbstätige – 1,8 % (~145.000) weniger als im Vorjahr.

Bei den Dienstleistern, wo mit 34,82 Millionen Erwerbstätigen drei Viertel aller Erwerbstätigen Deutschlands zu finden sind, hat es erneut einen Zuwachs um 205.000 Personen gegeben, vor allem im Bereich Öffentlicher Dienst und Gesundheitswesen.

Nur noch jeder 7. Einwohner Deutschlands arbeitet produktiv an der Herstellung unserer materiellen Basis. Die materielle Basis ist jedoch von ausschlaggebender Bedeutung für unseren Wohlstand.

Die Illusionisten suggerieren immer noch, man könnte innerhalb der Sozialsysteme ein paar Schräubchen nachjustieren, um, wenn schon der Wohlstand nicht zu retten ist, wenigstens eine Art von Gerechtigkeit hervorzubringen. Dabei sehen sie gelassen zu, wie uns Stück für Stück die industrielle Basis wegbricht und verweigern strikt, die notwendigen Maßnahmen zur Stärkung der volkswirtschaftlichen Leistungskraft, die nun einmal nur im Verarbeitenden Gewerbe noch gehoben werden kann, auch nur anzudenken.

Der Starrsinn ist allerdings auch auf der Arbeitnehmerseite zu finden. Jeder kämpft um seinen Besitzstand und trägt damit dazu bei, den notwendigen Zuwachs der Massenkaufkraft und den daraus potentiell möglichen Aufschwung zu vereiteln. Rechnen Sie einfach einmal mit:

1 Million Beschäftigte mit dem durchschnittlichem Monatsbrutto-Einkommen von 3.860 Euro würden auf 5% ihres Bruttolohns verzichten. Das sind 193 Millionen Euro Ersparnis, die voll auf die Lohnstückkosten durchschlagen und als Preissenkung weitergegeben werden können. Aus diesem Budget könnten 52.600 neue Arbeitsplätze finanziert werden. 52.600 Beschäftigte mit brutto 3667 Euro statt etwa 1200 Euro ALGII/Grundsicherung, bringen 130 Millionen zusätzliche Kaufkraft in den Markt, während der Staat sich Transferleistungen in Höhe von 63 Millionen Euro spart. Monatlich.

Es könnten jedoch alle 21 Millionen, die mehr als 3.000 Euro brutto verdienen, diesen Verzicht leisten. Die Kaufkraft im Binnenmarkt stiege jährlich um rund 33 Milliarden Euro (0,7% BIP), der Staat würde um 16 Milliarden Transferleistungen entlastet.

Natürlich geht diese Rechnung nur auf, wenn für die zusätzliche Produktion auch Abnehmer gefunden werden. Das sollte man aber Branche für Branche einfach einmal

konkret analysieren und durchrechnen. Ich denke, da könnte es erfreuliche Überraschungen geben. Aber wer leistet schon noch persönlichen Verzicht zum Wohle der Allgemeinheit? Nein – ich fürchte, da führt so schnell kein Weg hin.

Paralyse

Zu den wohl sinnlosesten Wettbewerben, wenn man das Verhältnis von Kraftaufwand zu Nutzen betrachtet, gehört zweifellos das Tauziehen. Starke Menschen versuchen mit höchstem Kraftaufwand ihre Gegner auf der anderen Seite des Seils zu sich heranzuziehen. Das kann minutenlang so zu zugehen, ohne dass sich wirklich etwas bewegt. Beide Mannschaften neutralisieren, lähmen, paralysieren sich gegenseitig. Die Muskeln schwellen, der Puls jagt, die Augen treten aus den Höhlen, und mit zunehmender Anstrengung der einen Seite wächst zwangsläufig auch die Anstrengung auf der anderen Seite, bis …

Bis eine kleine Unachtsamkeit eine Seite aus dem Gleichgewicht bringt und eine plötzliche Entspannung am Seil dazu führt, dass beide Mannschaften rückwärts auf ihre Hintern fallen.

Erreicht ist: Nichts.

Es gibt nur einen Bereich im gesellschaftlichen Leben unserer Republik, in dem das sinnlose Kräftemessen aufgrund ziemlich kluger Regularien nicht bis zum Umfallen beider Seite getrieben wird.

Dies ist die sogenannte „Sozialpartnerschaft“, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer regelmäßig antreten, um darüber zu verhandeln, wer welches Stück vom gemeinsam

gebackenen Kuchen erhalten soll. Da gibt es während der Laufzeit des gültigen Tarifvertrags zunächst einmal eine Friedenspflicht. Ganz, ganz wichtig! Für beide Seiten entsteht Planungssicherheit aus der Gewissheit, dass beide Seiten sich an ihre Verpflichtungen halten. Dann folgen rituell die Maximalforderungen der Gewerkschaft und das Minimalangebot der Arbeitgeber.

- Es gibt eine erste Verhandlungsrunde, bei der die Arbeitgeber stur bleiben.
- Die Gewerkschaft veranstaltet medienwirksame Warnstreiks, durchaus darauf bedacht, damit keinen allzugroßen Schaden anzurichten.
- Die Arbeitgeber geben ein bisschen nach.
- Den Gewerkschaften ist das noch nicht genug. Noch einmal wird hart verhandelt.
- Es kann jetzt schon so weit sein, dass die Gewerkschaft mit dem Angebot zufrieden ist und ein neuer Tarifvertrag geschlossen werden kann.
- Es kann aber auch sein, dass eine Seite die Verhandlungen für gescheitert erklärt.
- Dann wird ein Schlichter oder eine Schlichtungskommission angerufen, um doch noch einen Kompromiss zu finden, den beide Seiten annehmen können.
- Oft gelingt das, und der Arbeitsfrieden ist nicht länger gefährdet.
- Gelingt es nicht, ist es an der Gewerkschaft ihre Mitglieder zur Urabstimmung aufzurufen, ob sie bereit sind, zur Durchsetzung der Forderungen in den Streik zu treten.
- Sagen die Mitglieder mehrheitlich nein, ist der Streit damit – zu den Konditionen der Arbeitgeber – beendet.
- Sagen sie ja, wird gestreikt. Das wird dann für beide Seiten schmerzhaft. Den Arbeitgebern gehen Umsatz und Gewinn verloren, die Streikenden müssen aus der gewerkschaftlichen Streikkasse bezahlt werden.
- Wenn die Arbeitgeber dann zur Aussperrung greifen, wenn also auch die nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer keinen Lohn mehr erhalten, wird es eng.

Es hat in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nur wenige große, lang dauernde Streiks gegeben. Der Grund dafür ist leicht zu erkennen: Arbeitgeber und Arbeitnehmer sitzen auf dem gleichen Ast und keine Seite hat ein echtes Interesse daran, diesen Ast abzusägen. Also zieht man während der Vertragslaufzeit am gleichen Strick mit vereinten Kräften in die gleiche Richtung. Danach gibt es ein meist kurzes Ringen um einen neuen Verteilungsschlüssel. Dabei ist der Verteilungsspielraum von vornherein klar zu erkennen. Es ist einerseits die Inflation, die ausgeglichen werden sollte, und andererseits der Ertrag aus dem Produktivitätswachstum, an dem die Arbeitnehmer partizipieren wollen.

Unglücklicherweise ist diese Form der Sozialpartnerschaft ein sterbendes Modell. Immer mehr Unternehmen treten aus der Tarifbindung aus, bzw. gar nicht erst ein, und sind

folglich an die Abschlüsse zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden nicht mehr gebunden.

Das sieht so aus:

Mitarbeiteranzahl (Betriebsgröße)	**Tarifbindung um 1998/2000 (West)**	**Tarifbindung heute (aktueller Stand 2025)**	**Trend / Charakteristik**
1 bis 4 Mitarbeiter	ca. 40–45 %	ca. 16 %	Massiver Einbruch: Kleinstbetriebe haben sich fast vollständig aus der Tariflandschaft verabschiedet.
5 bis 49 Mitarbeiter	ca. 50–55 %	ca. 20–25 %	Starker Rückgang: Ein Großteil der klassischen KMU meidet Neuzugänge in Tarifverträge.
50 bis 199 Mitarbeiter	ca. 65 %	ca. 35–40 %	Deutliche Erosion: Mittlere Unternehmen nutzen zunehmend OT-Mitgliedschaften oder Haustarife.
200 oder mehr Mitarbeiter	ca. 80–85 %	ca. 73 %	Relativ stabil: Großunternehmen bleiben das Fundament des Tarifsystems, weichen aber teils auf modulare Firmentarife aus.
Gesamtdurchschnitt (Betriebe)	ca. 48 %	ca. 20–24 %	Nur noch rund jeder fünfte Betrieb in Deutschland ist heute tarifgebunden.

Gegenüber den Verhältnissen in den 1960er bis 1980er Jahren, als die Tarifbindung in Westdeutschland auf einem historischen Höchststand lag (80 % bis zu 90 % aller Beschäftigten waren in tarifgebundenen Unternehmen tätig), ist die Macht der Arbeitnehmervertretungen deutlich beschnitten worden.

Die Ursachen liegen zum Teil bei den Gewerkschaften selbst, sind überwiegend aber in den veränderten/verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu suchen.

Hier kommen zwei Trends zusammen, nämlich die Kostenentwicklung, die es vielen Unternehmen gar nicht mehr möglich macht, Tariflöhne zu bezahlen, und die Arbeitsmarktsituation, die Arbeitslose und Unterbeschäftigte dazu bewegt, sich auch deutlich unter Tarif zu verdingen.

Allerdings sind auch in dieser Situation des Schwindens der Tariftreue die wirksamen Kräfte und deren Interessen noch deutlich zu erkennen. In den meisten Problemfeldern, die zur Lähmung Deutschlands beitragen, ist das nicht der Fall. Die Interessen werden nicht benannt, bzw. bestritten, stattdessen wird die anonyme Kraft der „Komplexität“ ins Feld geführt, gerne auch in Verbindung mit den strukturellen Gegebenheiten, die sich weder leicht noch schnell verändern ließen. So lässt sich der von der einen Seite erwünschte Zustand lange und dauerhaft erhalten, während jene, die darunter leiden, kaum einen Zugang zu den Ursachen und Verursachern finden, weil diese im Filz der demokratischen Verantwortungslosigkeit gar nicht mehr aufzufinden sind.

Sprechen wir heute über die Bürokratie.

Bürokratie

Die Mutter aller Übel, begegnet uns in zwei hauptsächlichen Gestalten.

Erstens in Form von Beantragungs- und Genehmigungserfordernissen, die nicht nur weit in die unternehmerische Freiheit eingreifen, sondern auch dem Privatmann das Leben zur Hölle machen können, will er nur einen Fingerbreit von dem abweichen, was ihm als minimale Restfreiheit vom Gesetzgeber zugestanden wird, sowie in der katastrophal steinzeitlichen, behördengerecht umständlichen Art und Weise, wie Anträge zu stellen sind und wie Genehmigungen auf einem schier endlosen Instanzenweg zustande kommen.

Zweitens in Form von Nachweis und Berichtspflichten, oft verbunden mit der Pflicht zur Ernennung eines dafür freigestellten Beauftragten, deren Nutzen auch beim besten Willen weder für die anfordernde Behörde, noch für den Staat oder für die Bürger in irgendeiner Weise zu zu erkennen ist.

Hier mit einer Aufzählung überhaupt beginnen zu wollen, erweist sich als ebenso sinnloser Versuch, wie die Weite der Ozeane an einem Eimer mit Salzwasser demonstrieren zu wollen.

Bürokratie ist ja nicht einfach ein nutzbares System aus Stempeln, Unterschriften, Gebühren und Aktenschränken.

Bürokratie ist eine Herrschaftsform.
Wie Demokratie oder Ochlokratie.

Zur allgemeinen Erheiterung (das Lachen wird Ihnen im Halse steckenbleiben!) füge ich hier ein Kapitel aus meinem seit gestern lieferbaren Buch „Die Nase des Menschen ist unantastbar“ ein:

Gesetzgebung als Zwangsstörung betrachtet

Zwangsstörungen, wie der weithin bekannte Waschzwang, sind relativ gut erforscht. Allerdings hat meines Wissens noch nie jemand einen Aufsatz veröffentlicht, in dem die Ähnlichkeit der Symptome bestimmter Zwangsstörungen mit den Symptomen legislativen Handelns nachgewiesen und in Bezug auf die klinische Relevanz interpretiert wird.

Lassen Sie mich also meine Gedanken zum Besten geben. Ich muss nicht ausführen, was ein Parlament ist, welche Rolle ihm im Rahmen von Demokratie und Gewaltenteilung zukommt. Das ist Allgemeinwissen. Ich muss aber ausführen, welcher Kategorie von Ergebnissen die Resultate parlamentarischen Wirkens zuzuordnen sind, weil darüber – so gut es geht – das Mäntelchen des Schweigens ausgebreitet wird.

Das Ergebnis parlamentarischer Arbeit ist

– Trrrrommelwirrrrrbel –

B ü r o k r a t i e

Bürokratie, unvermeidliche Bürokratie..

Bürokratie, die mit den Protokollen der so genannten Parlamentsstenografen ihren Anfang nimmt, in Bundestagsdrucksachen ihren Niederschlag findet, um sich über das Bundesgesetzblatt ihren Weg hinaus ins Land zu bahnen, wo sie in millionenfacher Wirksamkeit auf Unternehmer und deren Erfüllungsgehilfen einprasselt, mal diese, mal jene Kohorte der gemeinen Untertanen mit neuen Anforderungen überschwemmt, in Ämtern und Behörden hektische Betriebsamkeit auslöst, um einerseits selbst die neuen bürokratischen Erlasse zu verstehen und mit lähmendem Leben zu erfüllen, andererseits Mechanismen zu erfinden, die zur Erfüllungskontrolle der Erfüllungsverpflichteten und zur Sicherung der eigenen Daseinsberechtigung unabdingbar sind. Selbstverständlich werden Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichte und Anwaltskanzleien in diesen Strudel unweigerlich hineingezogen, die wiederum Aktenberge erzeugen, die nach Aufbewahrungsfristen und Alphabet geordnet in dunklen Kellerräumen jenen dumpf-staubigen Geruch verbreiten, der weltweit untrennbar mit dem Wirken der Bürokratie verbunden ist.

In einer wissenschaftlichen Beschreibung der Zwangsstörungen finden sich die folgenden, bezeichnenden Sätze:

Die meisten Betroffenen mit einer Zwangsstörung sind sich wenigstens bis zu einem gewissen Grad bewusst, dass ihre Zwangsgedanken nichts mit realen Gefahren oder der Realität zu tun haben und ihre Zwangshandlungen übertrieben sind. Einige wenige Personen sind jedoch davon überzeugt, dass ihre Zwänge begründet und ihre Zwangshandlungen gerechtfertigt sind.

Dies erinnert mehr als überdeutlich daran, dass hin und wieder aus den Parlamenten der klägliche Ruf nach Entbürokratisierung ertönt, der regelmäßig nach nicht enden wollenden Beratungen in umfänglichen Gesetzeswerken zur Entbürokratisierung mündet, die den gleichen Weg über Parlamentsstenografen, Bundestagsdrucksachen, Bundesgesetzblatt hinaus ins zu entbürokratisierende Land nehmen, wo Entbürokratisierungsbeauftragte in Ämtern und Behörden ihre alten Arbeitsanweisungen und Prüfvorschriften nach Überarbeitung und Anpassung grobchronologisch und nach Aktenzeichen sortiert, in jene Kellerräume verbringen, wo die Vorgänger und Vorvorgänger der entbürokratisierten Vorschriften seit Jahrzehnten lagern und hin und wieder zu Rate gezogen werden müssen, um die neuesten Altfälle nach den jeweils in der Vergangenheit gültigen Regeln und Übergangs- und Überleitungsvorschriften bearbeiten zu können, was unweigerlich wiederum Unternehmer und deren Erfüllungsgehilfen, Anwaltskanzleien und Gerichte beschäftigt.

Es soll an dieser Stelle nicht bestritten werden, dass es sich beim Gesetzgebungsprozess um Arbeit handelt, wie auch nicht bestritten werden soll, dass diese Arbeit recht gut bezahlt wird, was durchaus dazu beitragen dürfte, dass diejenigen, die sich dieser Arbeit widmen, den aus einem Schuldkomplex herrührenden Zwang verspüren könnten, für das viele Geld auch möglichst viel abzuliefern, selbst wenn sie sich gleichzeitig bewusst sein sollten, dass ihr zwangsweises Tun nicht viel oder gar nichts mit realen Erfordernissen oder überhaupt mit der Realität zu tun haben könnte oder sich – nüchtern betrachtet – zumindest als übertrieben herausstellen würde.

Vergleicht man die hier beschriebene Arbeit mit normaler Arbeit, wie sie zum Beispiel am Bau anzutreffen ist, dann zeigt sich, dass es für jedes Bauvorhaben einen Auftraggeber gibt, der bestimmt, welcher Bau errichtet werden soll, wie er aussehen und ausgestattet sein soll, der am Ende das Bauwerk abnimmt und nutzt, während das Bauunternehmen die Baustelle räumt und nicht daran denkt, aus freien Stücken noch einen Balkon anzubauen oder ein zusätzliches Stockwerk zu errichten oder zusätzliche Fahrstühle einzubauen und was der denkbaren Möglichkeiten mehr sind. Wenn Schluss ist, ist Schluss.,

Das Parlament hingegen ist wie ein Bauunternehmen ohne Auftraggeber, jedoch mit schier unerschöpflicher Geldquelle.

Sicherlich. Da gibt es den sogenannten Souverän, der alle paar Jahre aufgerufen ist, die Mannschaft dieses Bauunternehmens neu zusammenzuwürfeln, doch, wer sich nichts vormacht, der weiß, dass mit dem sogenannten Wählerauftrag nicht mehr verbunden ist

als ein windelweiches „Nun-macht-mal-schön!“, das weder ein konkretes Ziel noch einen konkreten Termin und schon gar keine konkreten Kosten vorgibt. Selbst die Wahlplakate sind drei Tage nach der Wahl wieder verschwunden, so dass der Vergleich zwischen Ankündigung und Ausführung unmöglich wird. Aufs Bauunternehmen bezogen würde das bedeuten, dass vorher versprochen wird, eine Kläranlage zu errichten, nach vier Jahren aber ein unbeheiztes Hallenbad ohne Dach in der Landschaft steht, von dem dann wiederum versprochen wird, es in den nächsten vier Jahren in einen Busbahnhof umzubauen.

Tut mir leid, dass ich jetzt so konkrete Beispiele wie Kläranlage, Hallenbad und Busbahnhof verwendet habe. Das führt vollkommen weg von dem, was tatsächlich herauskommt, nämlich Bürokratie:

Eine „Gutes Kläranlagenemissionsschutzgesetznachbesserungsgesetz“, zum Beispiel, oder
die „Bundes-Hallenbadbaufördermittelbegrenzungs-Richtlinie“, vielleicht auch das „Dritte Änderungsgesetz zur Bundesbusbahnhofbrandschutzverordnung“.

Da fragt man sich doch: Warum machen die das? Ist es denn nicht möglich, einfach mal aufzuhören? Ist unser Land eine bürokratische Dauerbaustelle bei der nie ein Zustand erreicht wird, von dem man sagen könnte, nun ist es gut, so kann es bleiben?

Geht nicht. Es ist kein Bauherr da, der sagen könnte: „Es ist genug. Mir reicht’s. Schluss jetzt. Lasst mich einziehen und in Ruhe.“

Also machen sie weiter und immer weiter. Wie der Besen – „Walle, walle …“ – aus dem Zauberlehrling. Sie überschwemmen uns nicht mit Wasser, was ja zumindest irgendwann auch von selbst wieder ablaufen würde. Sie überschwemmen uns mit Bürokratie, mauern uns ein in Berge bedruckten Papiers mit Gesetzeskraft. Haben mittlerweile 13 Bücher vollgeschrieben mit Sozialgesetzen, wobei – aberglaubenshalber – das Dreizehnte mit seinen 158 Paragraphen die Nummer 14 tragen muss.

Wahllos herausgegriffen, die Ihnen sicherlich bestens bekannten Regelungen für die Entschädigungen bei nicht schädigungsbedingtem Tod:

§ 148 Monatliche Entschädigungszahlung für Witwen und Witwer bei nicht schädigungsbedingtem Tod

(1) Witwen und Witwer eines oder einer nicht schädigungsbedingt verstorbenen Geschädigten erhalten eine monatliche Entschädigungszahlung, wenn

1. die Schädigung bereits vor dem Inkrafttreten dieses Buches eintrat,

2. die Ehe bereits vor Inkrafttreten dieses Buches bestand,

3. der oder die Geschädigte aufgrund der Schädigungsfolgen gehindert war, eine entsprechende Erwerbstätigkeit auszuüben und dadurch die von dem oder der

Geschädigten abgeleitete Witwenrente oder Witwerrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung nachweislich um mindestens 10 Prozent gemindert ist und

4. sie nicht einen monatlichen Betrag nach § 144 Absatz 1 erhalten, in dem eine Geldleistung nach § 144 Absatz 1 Satz 2 Nummer 13 enthalten ist.

(2) Die Voraussetzungen des Absatzes 1 Nummer 3 gelten als erfüllt, wenn der oder die Geschädigte zum 31. Dezember 2023 Anspruch auf

1. die Grundrente eines Beschädigten nach § 31 des Bundesversorgungsgesetzes mit einem Grad der Schädigungsfolgen von 100 oder

2. eine Pflegezulage nach § 35 Absatz 1 des Bundesversorgungsgesetzes oder

3. mindestens fünf Jahre Berufsschadensausgleich nach § 30 des Bundesversorgungsgesetzes hatte.

(3) Die Voraussetzungen des Absatzes 1 Nummer 3 gelten auch als erfüllt, wenn der oder die Geschädigte nach dem 31. Dezember 2023 Anspruch auf

1. eine Entschädigungszahlung eines Geschädigten mit einem Grad der Schädigungsfolgen von 100 nach § 83 Absatz 1 oder

2. Leistungen wegen Pflegebedürftigkeit nach Kapitel 7 nach einem Pflegegrad mindestens der Stufe 3 oder

3. mindestens fünf Jahre Berufsschadensausgleich nach Kapitel 10 hatte.

(4) Der Anspruch auf die in Absatz 2 Nummer 1 und 2 und Absatz 3 Nummer 1 und 2 genannten Leistungen muss im Zeitpunkt des Todes des Geschädigten bestanden haben.

(5) Die monatliche Entschädigungszahlung beträgt 523 Euro. Sie beträgt 784 Euro für Witwen und Witwer von Geschädigten mit einem Grad der Schädigungsfolgen von 100.

(6) Berechtigte nach Absatz 1 erhalten auf Antrag eine Abfindung anstelle der monatlichen Entschädigungszahlung. Der Antrag ist innerhalb eines Jahres nach Bewilligung der Entschädigungszahlung zu stellen.

(7) Die Abfindung beträgt 62 742 Euro bei einer monatlichen Entschädigungszahlung nach Absatz 5 Satz 1, 94 113 Euro bei einer monatlichen Entschädigungszahlung nach Absatz 5 Satz 2.

(8) Auf die Abfindung sind bereits geleistete monatliche Entschädigungszahlungen anzurechnen. Mit der Zahlung der Abfindung sind alle Ansprüche auf die monatlichen Entschädigungszahlungen bei nicht schädigungsbedingtem Tod abgegolten.

Das war nun ein einziger Paragraph aus insgesamt 13 Gesetzbüchern, mit denen die Sozialstaatsbürokratie errichtet und bis heute weiterwachsend gepflegt wird. Es gibt aber auch eine Baurechtsbürokratie, eine Mietrechtsbürokratie, eine Kfz-Bürokratie, eine Arbeitsschutzbürokratie, eine Arbeitsrechtsbürokratie, eine Bürokratie für jede der 40 Steuerarten, die in Deutschland erhoben werden, wir haben eine Umweltbürokratie, von der unteren Behörde bis zum Bundesministerium, und zig weitere Bürokratien, die zusammengenommen ein Monster darstellen, das jede Initiative lähmt, und wenn nicht lähmt, so doch nach Kräften behindert.

Für die junge Bundesrepublik in den 50er Jahren umfasste ein kompletter Jahrgang des Bundesgesetzblattes zwischen 500 und 1.000 Seiten. Heute, mit starken Schwankungen, umfasst das Bundesgesetzblatt regelmäßig mindestens 3.000 bis über 5.000 Seiten pro Jahr. Aktuell steht die Marke von 100.000 gültigen Einzelparagraphen kurz bevor oder ist bereits erreicht.

Die Entwicklung seit 2010:

Stichtag	Bundesgesetze	Rechtsverordnungen	Einzelnormen (Paragraphen/Artikel)
01.01.2010	**1.668**	**2.655**	**79.935 total**
01.01.2014	**1.671**	**2.720**	**82.408 total**
02.02.2022	**1.773**	**2.795**	**93.328 total**
24.05.2024	**1.797**	**2.866**	**96.876 total** (52.401 in Gesetzen / 44.475 in Verordnungen)

Die Klagen der Wirtschaft über sinnlos verschwendete Arbeitszeit zur Erfüllung bürokratischer Pflichten, die ja inzwischen durchaus bei der Standortwahl mitentscheidend dafür sind, ob in Deutschland oder im Ausland investiert wird, sind ein Aspekt der negativen Folgen der Herrschaftsform Bürokratie. Die unzähligen Stunden an Lebenszeit, die Privatleuten abverlangt werden, um bürokratische Bedürfnisse zu befriedigen und einen nicht geringen Teil der Staatsverdrossenheit ausmachen, sind ein weiterer Aspekt.

Aber ausgerechnet mit dem Wildwuchs des Personals im Öffentlichen Dienst wird die Bürokratie nur selten in Verbindung gebracht.

Im zweiten und dritten Teil dieser Aufsatzreihe habe ich zwei Daten geliefert, die ich hier gerne noch einmal vergleichend gegenüberstelle:

Im gesamten Bereich der Land- und Forstwirtschaft, samt Fischerei, sind 554.000 Erwerbspersonen tätig. Tendenz abnehmend.

Diese produzieren (rechnerisch) 84 % des Nahrungsmittelbedarfs Deutschlands. Tatsächlich werden Teile der deutschen Produktion exportiert und andere Waren entsprechend importiert.

Der Öffentliche Dienst von Bund, Ländern und Gemeinden beschäftigt 5,5 Millionen Erwerbspersonen. Tendenz steigend.

Das sind Dienstleister. Alleine nicht lebensfähig. Ihr Nutzen für Private und die Wirtschaft ist in weiten Teilen umstritten.

Dennoch wird es nennenswerten Bürokratieabbau nicht geben können. Selbst wenn neuer „großer Alexander“ auftreten sollte, heißt Dobrindt nicht mit Vornamen Alexander?, und mit einem Schlag 10 Prozent der bürokratielastigen Einzelnormen streichen, bzw. unbürokratisch neu lösen sollte: Die Gesetzgebungsmanie der Ministerien würde binnen kürzester Zeit den abgeschlagenen Kopf ersetzen und noch einen zweiten neuen hinzufügen.

Hätten wird Parlamentarier, die den Namen verdienen und noch dazu hinreichend Sachverstand mitbringen, sie würden den Gesetzgebungsprozess nutzen, um den Gesetzen und Verordnungen die Bürokratie schon auszutreiben, bevor sie beschlossen werden. Haben wir aber nicht. Wir haben regierungshörige Fraktionen, die sich hüten werden, an so etwas auch nur zu denken.

Zwietracht

Zwietracht, so heißt es, wird gesät.

Das ist zweifellos richtig und es gibt ebenso zweifellos eine große Zahl von Menschen, die, um ihren Interessen zu dienen, unter anderen Menschen Zwietracht säen. Nun weiß aber jeder Landwirt und es wissen auch viele, die an ihrem kleinen Gärtchen eine Freude haben, dass die Aussaat alleine keine Garantie dafür ist, dass der Same auch aufgeht. Das gilt sowohl für den guten Samen, wie auch für den unerwünschten. Man muss sich allerdings aufmerksam darum kümmern, um nicht doch, wenn es an die Ernte geht, einen Acker voller Unkraut vorzufinden, zwischen dem die Ähren des Getreides keine Chance hatten, sich zu entwickeln.

Umgekehrt soll es sein. Das Getreide, einträchtig beieinander stehend, darf dem Unkraut keine Chance lassen, und wo es doch eingedrungen ist, ist der Landwirt gefordert, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln – und das muss nicht immer Gift sein – dem Unkraut Einhalt zu gebieten.

Vergleicht man Deutschland mit einem Acker – was aus volkswirtschaftlicher Sicht ein ziemlich stimmiges Bild ergibt – so ist die Diagnose, „Zwietracht ist aufgegangen“, schon gar nicht mehr ausreichend für die korrekte Beschreibung. Was heißt da „Zwietracht“? „Dutzendtracht“ wäre schon besser, aber immer noch nicht ausreichend. Vielleicht „Multitracht“. Dies bedeutet aber auch, dass der Bauer, der für den Acker verantwortlich gewesen wäre, seinen Job nicht erledigt hat.

Sie wissen, was ich meine. Sie wissen auch, wen ich meine.

Als Boris Pistorius vor wenigen Tagen (6.10.26), wohl auf einer Obstkiste stehend, damit begann, die dritte Strophe der Nationalhymne ins Mikrofon zu singen, nachdem er die Bundestagsfraktion der SPD in einem spontanen Protestmarsch über die Distanz von rund 0,9 Nautischen Meilen vom Reichstag über das Brandenburger Tor zum Bebelplatz geführt hatte, war sein Aufruf zu „Einigkeit und Recht und Freiheit“ eine Farce, eine bewusst inszenierte Vertiefung der Spaltung: die Abschottung des alten Parteienklüngels gegenüber der größten, aber immer noch in Ohnmacht gehaltenen Oppositionspartei.

Der unter Demokraten an Lächerlichkeit kaum zu überbietende Anlass für die theatralische Zurschaustellung von Ekel, Abscheu und selbstgerechtem Zorn bestand ja nur darin, dass sich der demokratisch gewählte Landtag von Sachsen-Anhalt in demokratischer, freier, gleicher und geheimer Wahl, mit absoluter Mehrheit seinen Präsidenten gewählt hat. Ein Ritual, das in deutschen Landtagen seit 1949 schätzungsweise schon rund 200 mal unbeanstandet über die Bühne gegangen ist.

Mehr war da nicht.

Irre, oder?

Brandmauer, statt Einigkeit.

Man muss sich vor Augen führen, was diese Zwietracht für das Land konkret bedeutet. Es sollte Ziel sein, dass das gesamte Volk, vertreten durch seine gewählten Vertreter in den Parlamenten, seinen Einfluss auf die politische Willensbildung geltend machen kann. Solange dabei die realistische Chance besteht, notwendige Mehrheiten für bestimmte Ziele hinter sich zu versammeln, ist alles gut. Dann richtet sich der Frust, unter der 5%-Hürde geblieben zu sein, nicht auf den politischen Gegner, nicht auf UnsereDemokratie, sondern auf die Mitglieder und Anhänger dieser Parteien selbst. Sie wissen, dass sie nicht genug getan haben. Sie erkennen vielleicht sogar, dass ihre Ansichten und Auffassungen einfach nicht mehrheitsfähig sind, und haben dabei immer noch die Chance ihre Ziele neu zu justieren. Auch Parteien, die zwar in die Parlamente eingezogen sind, aber keine eigene Mehrheit mitbringen und auch zu keiner Koalition eingeladen werden, wissen darum, dass sie auch mit der Oppositionsarbeit in die Wählerschaft hineinwirken und beim nächsten Mal vielleicht doch als Koalitionspartei mitregieren können.

Darüber, nämlich über die grundsätzlichen Spielregeln der parlamentarischen Demokratie, sind sich alle einig. Es besteht, im Rahmen dieser Spielregeln Chancengleichheit. Damit können annähernd 100 Prozent der gestalterischen Kräfte des Landes wirksam werden.

Wer nun überzeugt ist, wie es Friedrich Merz, Lars Klingbeil und Markus Söder permanent bekunden, man könne rund ein Drittel der Bevölkerung von diesem Spiel ausschließen, und diesen Ausschluss mit immer neuen Winkelzügen zementieren, um mit allen fairen und unfairen Mitteln zu verhindern, dass je ein AfD-Mitglied irgendwo im Lande in

Regierungsverantwortung gelangen könne, der reduziert das Potential des Staates schon einmal um diese 30 Prozent.

Das aber ist längst nicht die ganze Wahrheit. Die Energie, die für den so genannten „Kampf gegen rechts“ aufgewendet werden muss, steht ja für andere, vernünftige politische Arbeit nicht mehr zur Verfügung. Es bleiben für die Erledigung der wichtigen Arbeit also nicht „immer noch“ 70 Prozent zur Verfügung, sondern es gehen in den Reihen der Brandmaurer mindestens noch einmal 30 Prozent der Energie nutzlos durch den Kamin. Wenn man sich anschaut, wie sich die regierende Koalition schwertut, die notwendigen Reformen wenigstens immer noch vor sich her zu schieben, statt sie anzupacken, und wenn man sieht, wie die vermeintlichen 70 % schon bei der gesetzgeberischen Arbeit versagen, wie aktuell beim Chaos um die Tabaksteuer, ist man versucht anzunehmen, dass nicht einmal mehr 20 % des Potentials genutzt werden.

Der Fluch der bösen Tat

Um den unbarmherzigen Kampf gegen die neue Opposition den Wählern gegenüber überhaupt begründen zu können, hat man weder Kosten noch Mühen gescheut, um ein riesiges Feindbild aufzubauen und dieses mit tätiger Unterstützung der so genannten, zumindest teilweise regierungsfinanzierten Zivilgesellschaft und ihren vielen NGOs in die Köpfe der Bevölkerung zu hämmern. Dabei will ich von der Hammerbande und der gewaltbereiten Antifa noch gar nicht reden.

Der Erfolg ist jedenfalls dergestalt eingetreten, dass Feuerwehren, Gesangsvereine und Kirchengemeinderäte Mitglieder ausschließen, die sich zur AfD bekennen, dass Gastronomen AfD-Mitglieder nicht mehr bewirten, Apotheken darauf hinweisen, AfD-Mitglieder würden zwar bedient, seien als Kundschaft aber nicht willkommen. Kein Wunder, wenn auf der anderen Seite AfD-Kandidaten mit fragwürdigen Methoden von den Wahlzetteln gestrichen und auf den Rechtsweg verwiesen werden, den sie nach der Wahl selbstverständlich beschreiten könnten.

Damit ist es gelungen, die Zwietracht tief in die Bevölkerung hineinzutragen. AfD-Wähler werden stigmatisiert, ausgeschlossen, benachteiligt, und der Rechtsstaat schaut dem gelassen, gelegentlich auch erkennbar parteiisch zu. Von den Aufmärschen der guten Demokraten anlässlich der AfD-Parteitage, oder auch nur anlässlich der erstmaligen Veranstaltung der Büchermesse in Halle, Veranstaltungen, die nur unter massivem Polizeischutz überhaupt durchgeführt werden konnten, bis zu dem Augenblick, in dem die Stimmung im Lande in flächendeckende Anti-AfD-Pogrome umschlägt, ist meines Erachtens kein weiter Weg mehr zurückzulegen.

Diese Stimmung im Lande, die auf beiden Seiten massive Ängste auslöst, auf Seiten der „Demokraten“ zudem die Rechtfertigung für weitere Attacken liefert, während eben diese Demokraten zugleich hoffen, die „Faschisten“ und „Putintrolle“ mit ihren ständigen

Verleumdungen so in Rage zu bringen, dass sie endlich „ihr wahres Gesicht“ zeigen, was dann wiederum die Rechtfertigung für weitere Angriffe und hoffentlich auch für das Verbotsverfahren liefern würde.

Diese Stimmung im Lande wirkt zwar einerseits brisant und lässt große Energien vermuten, die nur freigesetzt werden müssten, um die Lähmung zu überwinden. Es ist aber umgekehrt. Die Stimmung im Lande lähmt. Sie lähmt nicht nur den offenen Austausch von Meinungen, weil dieser angesichts offiziell installierter Denunziationsportale, angesichts auf die Aufspürung von Meinungsverbrechen spezialisierten Anwaltskanzleien, angesichts der drakonischen Beispiele von Hausdurchsuchungen, Debanking und anderen Schikanen, zum existenzbedrohenden Risiko geworden ist. Sie lähmt auch jene Kräfte, die für den wirtschaftlichen Aufschwung benötigt würden, jene Kräfte, die einfach nur wirtschaftlicher Vernunft und physikalischen Gesetzen mehr vertrauen als den von Regierung und Medien mit Macht verbreiteten Narrativen und Verschwörungserzählungen. Doch gerade unter diesen macht sich die Vorsicht breit, und diese Vorsicht gebietet dem Klügeren, nachzugeben, den Kopf in Deckung zu halten, um ihn nicht zu verlieren, und einfach abzuwarten, bis sich die Realität von alleine durchsetzt. Da findet sich doch noch einiges an Erfahrungen aus der Endzeit des Dritten Reichs im kollektiven Gedächtnis, was diese Haltung erklärt.

Unter den 70 Prozent Altparteienpolitikern und Altparteienwählern gibt es genug kluge Köpfe, die wissen, was Deutschland schadet, die auch wissen, wie dem abzuhelfen wäre, doch sie ziehen es vor, den Mund zu halten, und lieber mit wehenden Fahnen mit unterzugehen, als noch kurz vor dem Untergang als Rechtsextremist identifiziert und neutralisiert zu werden. Nur wer bis zuletzt in Deckung bleibt, wird nach dem Absturz noch Gelegenheit zum Neuanfang haben.

Dies alles ist längst in den Zustand einer unheilvollen Massenpsychose übergegangen.

So ungefähr, wenn auch in viel kleinerem Maßstab, muss es in Endzeitsekten zugehen, von denen es, ist man erst einmal darin gefangen, auch kein Entrinnen mehr gibt.

Alles verspielt

Die Redewendung, „auf den Hund gekommen“, habe ihren Ursprung darin, so heißt es, dass es in früheren Zeiten üblich war, auf den Boden von Geldkassetten einen Hund zu malen. „Auf den Hund gekommen“, war also nur eine spöttische Umschreibung für die Pleite und ggfs. auch für den Bankrott.

Bis ein Staat „auf den Hund kommt“, muss schon viel Übles zusammenkommen. Das Volksvermögen steckt nicht in einer einzigen Geldkassette. So ein Volksvermögen hat nicht nur materielle Bestandteile, es gehört auch viel Immaterielles dazu. Das, wovon Jesus in der Bergpredigt sagte: „Sammelt euch Schätze, die weder Motten noch Rost zerfressen!“, kann zwar auf das Religiöse beschränkt betrachtet werden, reicht aber tatsächlich weit, weit darüber hinaus.

Der größte und erhabenste Schatz, den ein Volk haben kann, ist das Bewusstsein, als lebende und agierende Glieder dieses Volkes an der gemeinsamen Geschichte weiter zu bauen. Es ist die Dankbarkeit gegenüber den Vorfahren, die vor langer Zeit das Land urbar machten, die eine gemeinsame Kultur, gemeinsame Sitten und Gebräuche entwickelten, die sich gegen Feinde zur Wehr setzten, die als Wissenschaftler, Techniker, Ärzte, Kaufleute das Land zur Blüte brachten. Vorfahren, denen wir die heute noch zu bestaunenden Kathedralen des Mittelalters verdanken, deren forschendem Geist wir die Erfindungen verdanken, die uns das Leben erleichtert und Wohlstand gebracht haben. Nicht zu vergessen auch die Philosophen, deren Werke immer wieder neue Einfluss auf die gemeinsamen Werte ausgeübt, und uns geholfen haben, unseren Platz in der Welt zu verstehen. Natürlich gehören auch die Fehler dazu, die unsere Vorfahren gemacht haben,

auch die Verbrechen, die unsere Vorfahren begangen haben, und es gehört der Vergleich dazu, mit dem unsere Geschichte an den Geschichten unserer Nachbarn gemessen wird, denn nur so ist es möglich, die eigene Geschichte, das Gute darin, und auch das Schlechte anzunehmen und dabei unseren Platz innerhalb der Weltgemeinschaft zu erkennen. Wer sich von der eigenen Geschichte ablöst, verliert nicht nur seine Identität, sondern auch die Fähigkeit, in seinem Dasein einen über die Befriedigung der Grundbedürfnisse hinausgehenden Sinn zu erkennen.

Der zweite, kaum weniger wichtige Schatz, ist die eigene Sprache. Die Sprache ist der einzige Raum, in dem wir zu denken vermögen. Begriffe, die in der Sprache nicht angelegt sind, bleiben undenkbar, Beziehungen, für die es in der Sprache keine Entsprechungen gibt, bleiben im Dunkel und können nicht benannt werden. Die deutsche Sprache ist eine reiche Sprache mit nahezu unbegrenzten Ausdrucksmöglichkeiten, und es ist eine präzise Sprache, die es ermöglicht, Sachverhalte und Ereignisabläufe aus dem Ungefähren herauszuholen und im Detail nachvollziehbar zum Ausdruck zu bringen. Wer seine Sprache geringschätzt, sie gar zur „einfachen Sprache“ zurück entwickelt, kastriert sich selbst in seiner Erkenntnisfähigkeit und dem von der Erkenntnisfähigkeit abhängigen Urteilsvermögen.

Die deutsche Sprache verkümmert, die deutsche Geschichte verliert Zug um Zug die Wertschätzung, die ihr von früheren Generationen noch entgegengebracht wurde. Es ist hier nicht der Ort, an dem nach Ursachen und Verursachern gesucht oder gar Schuldige ermittelt werden sollen. Es ist eine einfache Bestandsaufnahme, die ergibt, dass uns das Bewusstsein für die eigene Geschichte weitgehend abhandengekommen ist, und dass die Sprache mehr und mehr von ihrer einstigen Qualität einbüßt. Als Sebastian Sick 2004 seinen Bestseller, “Der Dativ ist dem Genitiv sein Tod“, herausbrachte, war der Dativ zwar auf dem Vormarsch, aber es war noch längst kein Siegeszug. Heute sind nicht nur die Online-Ausgaben der großen Tageszeitungen eine Fundgrube für Grammatik-Fehlleistungen aller Kaliber, auch die Nachrichtensprecher der großen Sendeanstalten, lassen den Genitiv gerne untergehen, und wenn er verwendet wird, dann oft genug auch noch falsch.

Der dritte Schatz ist der Bildungsstand. Auch da sieht es bedenklich aus. Nicht nur wegen der Probleme mit der Sprache. Wir schaffen es zwar, jeden zweiten Schüler bis zum Abitur zu bringen, stellen dann jedoch fest, dass zumindest in den technischen Disziplinen das Zeugnis der Reife nicht mehr dem entspricht, was von den Universitäten als Mindestvoraussetzung für das Studium erwartet wird. Das gleiche Bild findet sich bei den Ausbildungsberufen. Egal ob mit Abitur oder Mittlerer Reife ausgestattet, die Ausbildungsbetriebe können mit einem Großteil der Bewerber nichts anfangen, bzw. müssen erheblichen Aufwand betreiben, um ihre künftigen Mitarbeiter ausbildungsfähig zu machen.

Bildung, Sprachvermögen und Geschichtsbewusstsein sind Voraussetzung, um so etwas wie einen Wertekanon überhaupt entwickeln, bzw. einen vorgefundenen Wertekanon akzeptieren und annehmen zu können. Wo es daran fehlt, kehren gleichmacherische Beliebigkeit, Ziel- und Planlosigkeit ein, das Volk versinkt kraftlos im Mahlstrom der Bevölkerung.

Es sind die immateriellen Schätze, die den Ausschlag geben für den Umgang mit der materiellen Basis. Ob die Verantwortung überhaupt erkannt wird, die sich im Sprichwort: „Was du ererbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen“, offenbart, oder ob das „Vorgefundene“ keinerlei Wertschätzung genießt, die über das eigene Leben hinauswirken würde, weil weder die Absicht noch die Arbeit der „Väter“, also mehrerer aufeinanderfolgender Generationen, das Interesse finden, das eine Wertschätzung überhaupt erst hervorbringen kann.

Wenn das „Tafelsilber“ verhökert wird, um den Erlös bei nächster Gelegenheit zu versaufen, im Staat nennt man das „Privatisierung“, dann fehlt es einfach an der Wertschätzung. Wenn der Klumpen Gold des Hans im Glück dem Schwätzer überlassen wird, der dem Hans dafür die Schindmähre von Pferd überlässt, im Staat nennt man das „Energiewende“, dann kommt zur fehlenden Wertschätzung noch ein Überfluss an Dummheit hinzu.

Damit aber nicht genug.

Kernkraftwerke aus Sicherheitsbedenken vorsorglich abzuschalten, lässt sich noch nachvollziehen. Sie dann aber bewusst und gezielt zu zerstören, damit sie – nach einem Regierungswechsel oder einer Neubeurteilung des Risikos – garantiert nie wieder in Betrieb genommen werden können, ist eher ein Zeichen einer krankhaften Störung als vernunftgeleiteten Handelns.

Den Kohleausstieg zu propagieren, auch noch vorzuziehen, obwohl kein Ersatz zu erkennen ist, und dann die Gruben auch noch zu fluten, um die Lagerstätten für alle Zukunft unbrauchbar zu machen, das hat nur noch mit ideologischer Verblendung zu tun, aber nichts mehr mit Verantwortung in der Gegenwart und für die Zukunft.

Intakte Gasleitungen, ein wichtiger Bestandteil der Infrastruktur der Energieversorgung, aus der Erde zu reißen, obwohl sie dort niemandem weh tun, ebenfalls mit dem Ziel, verbrannte Erde zu hinterlassen, ist der Wahnsinn, der angesichts des Untergangs in verlorenen Kriegen immer wieder zu beobachten ist, und auch nicht einer gewissen Logik entbehrt. Gegen wen aber richtet sich dieser Furor der Vernichtung, wo kein äußerer Feind das Land verwüstet?

Da nimmt es nicht Wunder, wenn die Lebensadern in der Ostsee von finsteren Mächten gesprengt werden und das einfach so hingenommen wird, und dann Jahre später die abenteuerliche Geschichte der Andromeda als der Weisheit letzter Schluss zu einem Prozess gegen zwei ukrainische Taucher führt, um ja nicht irgendwie in die Nähe der

Wahrheit zu geraten, obwohl es Joe Biden war, der dies dem damaligen Bundeskanzler Scholz eiskalt angekündigt hat.

Unsere Energieversorgung ist verspielt. Die energieabhängige Wirtschaft ist nicht mehr wettbewerbsfähig. Die privaten Haushalte opfern ihren Wohlstand für ins Groteske gestiegene Energiekosten. Während die Regierung begeistert von den Fortschritten der Dekarbonisierung die Energiepreise durch immer neue Steuern und Abgaben weiter in die Höhe treibt.

Als sei es nicht genug, dass die Einwanderung in den Wohnungsmarkt die Mieten in die Höhe getrieben hat, ersinnt Väterchen Klingbeil immer neue Steuern, um den Bürgern Euro um Euro ihrer Kaufkraft zu rauben. Geld, das dann mit leichter Hand in einem der korruptesten Staaten der Welt versenkt wird, oder für den Bau genderneutraler Gemeinschafts-Toiletten in Zentralafrika, oder dem alles verschlingenden Moloch EU freudig ins Maul gestopft wird. Das ist alles mit gesundem Hirn nicht mehr nachvollziehbar.

Die Dekarbonisierung ist längst zum Treiber der Deindustrialisierung geworden. Da bricht Stück für Stück die Wirtschaftskraft weg, und mit der Wirtschaftskraft eben auch das Spezialwissen ganzer Branchen und das Erfahrungskapital der beschäftigungslos werdenden Fachkräfte.

Alles verspielt. Noch viel mehr als das hier beispielhaft Angerissene.

Es sieht aber nicht so aus, als würde hier gespielt und mit der gleichen Strategie immer weiter gespielt, weil Deutschland gute Chancen hätte, in diesem Spiel zu gewinnen.

Es mag Gewinner geben. Durchaus. Es gibt immer Gewinner.

Doch wenn ich dem Spiel einen Namen geben müsste, so wie „Mensch ärgere dich nicht“, oder „Schwarzer Peter“, dann würde ich vorschlagen:

„Bloß nichts für Deutschland!“

Es geht dahin …

Ich hoffe, ich habe nicht zu viele Hoffnungen geschürt, ich würde mit den Schlussfolgerungen im letzten Kapitel doch wieder auf eine gute Fee oder auf das Universum zurückzukommen, wo es immer mindestens einen, manchmal auch gleich drei freie Wünsche gibt, mittels derer es bei kluger Wahl der Wünsche möglich würde, das Schlamassel hinter sich zu lassen.

Ich will mich da überhaupt nicht festlegen. Das Universum gibt es, und das ist nichts, von dem wir getrennt und abgesondert existieren. Wir gehören dazu, sind Teil davon, und können also fraglos jederzeit unsere Wünsche an dieses Universum adressieren. Das Dumme dabei ist, dass der nächste Briefkasten des Universums nicht etwa irgendwo in den unendlichen Weiten des Alls zu suchen ist. Nee, nee. Der nächste Briefkasten des Universums, und zu einem anderen bekommen wir keinen Zugang, der sind wird selbst.

Auch ob die Wunschzettel, die wir da einwerfen, tatsächlich geöffnet, gelesen und für wert befunden werden, die Wünsche zu erfüllen, das entscheidet nicht eine uralte Seele, die irgendwo zwischen Orions Gürtel und Pferdekopfnebel Quartier bezogen hat. Selbst wenn sie dort existierte, was ginge sie unser Befinden an, warum sollte sie sich unserer Wünsche annehmen?

Die sagt sich, und ich glaube, ihre Wiege stand vor über tausend Jahren in Bayern:

„Ja mi leckst am Arsch. Was geht mich die saublöde Sach denn an.
Krieg erst amoi selber den Hintern hoch, du fauler Sack!“

Natürlich kann man sich das Universum auch als gute Fee vorstellen. Mit einem etwas besseren Umgangston. Der Tenor wird sich nicht ändern.

Über sechs Kapitel habe ich in den letzten sechs Tagen den Versuch unternommen, ein realistisches Lagebild zu zeichnen. Wer diese Kapitel aufmerksam gelesen hat, dürfte erkannt haben, dass tatsächlich alles mit allem zusammenhängt. Die wirtschaftlichen Probleme, die uns innerhalb der EU aus der Rolle der Lokomotive und des Musterknaben heraus und in eine Position gebracht haben, die jener der von uns einst belächelten Franzosen und Italiener ähnelt, hat auch viel damit zu tun, dass wir uns mit den falschen Statistiken haben einlullen lassen, dass wir nicht bemerkt haben, wie wir nicht nur in der EU an Gewicht, sondern vor allem auch gegenüber Asien, insbesondere China und den USA wirtschaftlich an Bedeutung und wissenschaftlich und technisch den Anschluss verloren haben. Stattdessen haben wir es uns „geleistet“, grünen Physikleugnern und roten Unterschiedsleugnern das Steuer zu überlassen, obwohl sie weder von der Seefahrt im Allgemeinen noch von der Navigation im Besonderen auch nur die geringste Ahnung haben. Wir haben uns weißmachen lassen, dass ein Heer von Beauftragten, von Kommissionen, Arbeits- und Stuhlkreisen, hart daran arbeite, den Weg ins Schlaraffenland zu finden, dass erst einmal alles was funktioniert, abgeschaltet und zerstört werden müsse, unter anderem auch, weil der Grundlaststrom die Netze verstopft, und dass wir unsere Kultur und unsere Werte verleugnen müssten, weil sonst die Integration von Millionen von Fachkräften, die ausersehen sind, einst unsere Renten zu bezahlen, nicht gelingen könne. Vor allem aber könne der versprochene Wohlstand nicht erreicht werden, solange es noch Deutsche gibt, die mit den Techniken alter weißer Männer zu beweisen versuchen, dass die Regierung unfähig und inkompetent sei und uns ins Verderben führt. Sich vor denen zu hüten, sich auf Distanz zu ihnen zu halten und sie auszuschließen, wo immer sie ihre Brückenköpfe in UnsereDemokratie errichten wollen, und zu jeder Zeit und an jedem Ort Haltung zu zeigen, sei – nachdem die Steuern entrichtet sind – die nächstwichtige Bürgerpflicht.

Rings um uns herum schüttelt man längst entweder verständnislos den Kopf oder reibt sich freudig die Hände, nur wir selbst, in unserer Blase längst verblasster Erfolge gefangen, wollen einfach nicht erkennen, dass nicht nur der Kaiser nackt ist, sondern wir alle mit ihm.

Wir wollen auch nicht erkennen, dass die Ratten bereits dabei sind, das sinkende Schiff zu verlassen. Unternehmen mit Standorten in Deutschland ziehen in Scharen davon, ausländisches Kapital, vor einiger Zeit noch höchst interessiert, in Deutschland Anlagemöglichkeiten zu finden, macht inzwischen – von wenigen speziellen Ausnahmen abgesehen – einen weiten Bogen um das Land.

Wir sind offenbar – als Teile der Schwanzflosse – auch zu weit weg vom Kopf des Fisches, um den Gestank wahrzunehmen, der von ihm ausgeht.

Was hat die Politik den Deutschen in den letzten zehn Jahren gebracht, was man, dem Versprechen des Amtseids folgend, erwarten sollte? Wurde Schaden vom deutschen Volke abgewendet, indem 5,9 Milliarden vollkommen überteuerte, zudem vollständig wirkungslose Masken eiligst beschafft und dabei Millionen an Provisionen an Politiker und Familienangehörige von Politikern geflossen sind, nur um den allergrößten Teil dieser Schrottartikel dann der Müllverbrennung zuzuführen? Wurde mit Merkels Grenzöffnung und den seitdem (mindestens) 400 Milliarden zur Bewältigung der Migration der Nutzen des deutschen Volkes gemehrt? Hat Baerbocks dilettantische Diplomatie das Ansehen Deutschlands in der Welt verstärkt? Dienen die fünf bis sechs Billionen Euro, welche die Energiewende noch verschlingen soll, dazu Schaden vom deutschen Volke abzuwenden, oder sind sie der Schaden? Die Aufzählung könnte endlos weitergeführt werden, aber ich verstehe mich nicht als Chronist, sondern nur als Kommentator der Regierungsarbeit. Sie haben sowieso noch viele andere Absonderlichkeiten im Kopf und könnten selbst weiter erzählen, sollte Ihnen der Sinn danach stehen.

Zu viel schonunsgslose Offenheit?

Es ist halt so schön, sich mit tief gebeugtem Rücken und dem Kopf im Sand die Grundsicherungs-Sonne (oder die Sonne der Beamten-Pensionen, oder der Abgeordneten-Diäten) auf den Hintern scheinen zu lassen. Wer mag sich da schon freiwillig aufrichten, die Augen öffnen und der Realität ins Auge sehen?

Es führt kein Weg daran vorbei.

Es ist an der Zeit, zur Besinnung zu kommen.

Es ist nicht Zeit, sich von jenen Elementen aufstacheln und instrumentalisieren zu lassen, die das linke Zerstörungswerk fortsetzen wollen, indem sie auf Krawall gebürstete Massen Straßen und Plätze besetzen, plündern und brandschatzen zu lassen. Es führt zu nichts, die Polizei herauszufordern und obendrein Feuerwehr und Rettungsdienste zu bekämpfen und an der Arbeit zu hindern. Die gefährliche Mischung aus vernachlässigten Migranten, unzufriedenen Schülern und gewaltbereiten Linksextremisten wird nichts zum Besseren wenden. Weder in Frankreich, noch in Italien, noch sonst wo. Es gibt nur zwei Ausgänge aus diesen Situationen. Entweder die Staatsmacht greift mit aller Härte ein und sorgt wieder für Ruhe, oder die Revolutionäre gewinnen und errichten ein Terrorregime, das so lange wütet, bis der letzte politische Gegner inhaftiert ist und die Zerstörungswut wegen Erschöpfung von selbst einschläft. Besser wird in beiden Fällen nichts, doch die Gefahr, dass alles sehr viel schlechter wird, lauert in beiden Szenarien.

Darauf zu vertrauen, dass der Mob, der Pöbel, die unwissenden, verblendeten Jugendlichen, die Berufsversager und die Agitatoren irgend etwas zum Besseren wenden könnten, das ist nur der Ausfluss jahrelang still ausgebrüteten Hasses, aber keine Strategie, aus der sich eine vernünftige Politik, ein gesunder Rechtsstaat und neuer Wohlstand entwickeln könnte.

Der Widerstand, den wir brauchen, um die ungesunde Entwicklung von Staat und Gesellschaft zu bremsen und schlussendlich umzukehren, sieht anders aus.

Dieser Widerstand erwächst aus einer gefestigten Persönlichkeit, die sich nicht um eines Vorteils willen, oder um einen Nachteil zu vermeiden verbiegen lässt. Es ist jener Widerstand,wie er aktuell von dem Landtagsabgeordneten der CDU, Guido Heuer aus Sachsen-Anhalt, geleistet wird, der sich von der Partei nicht vorschreiben lässt, bei der Wahl zum Ministerpräsident den Saal zu verlassen, auch wenn sich der gesamte Rest der Fraktion nicht traut, ihr demokratisches Recht auf freie, gleiche und geheime Wahl ganz selbstverständlich wahrzunehmen.

Ein „Nein“.

Ein kleines Wörtchen nur, doch in diesem Nein liegt der Unterschied zwischem dem wiedergekäuten Lippenbekenntnis zu einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und dem, was wahre Freiheit bedeutet.

Dabei hat dieses Nein eine ganz besondere Qualität. Es ist nicht das Nein eines Don Quixote, nicht das Nein, das gegen den Staat und sein Gewaltmonopol keine Chance hat. Steuerboykott? Das geht doch gar nicht!

Es ist das Nein gegen eine manipulative Vereinnahmung.

Es ist das Nein, das ausgesprochen wird, obwohl das Gegenüber nichts als ein bedingungsloses Ja erwartet und zweifellos Rache nehmen will, für dieses Nein. Es ist das Nein des echten Pazifisten zum Kriegsdienst mit der Waffe. Es ist das Nein zur Verführung zum Seitensprung. Oh, es fühlt sich nicht immer gut an, dieses Nein. Für Menschen mit einem echten, eigenen inneren Kompass würde sich das Ja, spätestens am Tag danach, aber noch schlechter anfühlen.

Es braucht Charakter, dieses Nein, und es stärkt den Charakter, jedesmal wenn davon Gebrauch gemacht wird.

Es braucht Mut, dieses Nein, doch jedesmal wenn es ausgesprochen wird, wird es zum mutmachenden Beispiel für andere.

Es ist an der Zeit, sich ehrlich zu machen.

Wir alle, die wir noch voll im Leben stehen, uns unsere eigenen Gedanken machen und unsere eigenen Urteile fällen, geraten beinahe täglich in Situationen, bei denen wir ja sagen, nur um in Ruhe gelassen zu werden, in Situationen, in denen wir uns nicht einmischen, nicht widersprechen, obwohl es genau die Gelegenheit wäre, Flagge zu zeigen. Wir geraten hin und wieder sogar in Situationen, wo wir uns als Fürsprecher der falschen Sache erleben, weil wir uns einen mehr oder minder großen Vorteil davon versprechen.

Ich habe am Schluss dieser Aufsatzreihe einen Auftrag für Sie.

Stellen Sie sich gegen den Trend. Lassen Sie nicht weiter zu das „es“ dahingeht.

Ganz konkret: Nutzen Sie in den nächsten sieben Tagen mindestens einmal die Gelegenheit „nein“ zu sagen. Das kann ein hohes Maß an Überwindung kosten. Es fühlt sich an, wie barfuß über glühende Kohlen gehen zu müssen. Aber das Gefühl danach ist unbeschreiblich gut.

Wenn von den vermutlich 7.000 bis 8.000 Menschen, die diesen Text lesen, nur 70 bis 80 nicht nur den Mut zu diesem einen Nein finden, sondern ihr Erlebnis kurz beschreiben und mir gestatten, dies mit Nennung ihres Namens zu veröffentlichen, werde ich nicht mehr daran zweifeln, dass wird das Ruder immer noch herumreißen können.

Machen Sie mit. Vielleicht werden es dann ja hundert, oder zweihundert, oder tausend …

Beispiele, die Mut machen. Beispiele, die ansteckend wirken. Beispiele aus denen sich eine neue Kraft der Vernunft speisen kann.

Es darf nicht weiter so dahin gehen!

Egon W. Kreutzer